

## Portugal

ALVARO DE VASCONCELOS

Ebenso wie für die meisten seiner europäischen Partner war 1993 für Portugal ein düsteres Jahr. Allerdings konnten die Grundfesten des portugiesischen Euro-Optimismus nicht erschüttert werden. Dieser hatte seinen Höhepunkt mit der portugiesischen Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 1992 erreicht. Genausowenig vermochten weder die boshafte Kritik von seiten der Opposition, noch der Aufruhr im Europäischen Währungssystem (EWS) die Unterstützung der portugiesischen Regierung für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ins Wanken zu bringen. Zum Ausdruck kommt dieser Optimismus unter anderem in dem Bestreben der Regierung, die Konvergenzkriterien der WWU zu erfüllen.

Diese positive Einstellung der portugiesischen Regierung wird jedoch weder von seiten der Opposition noch von seiten der Wirtschaft geteilt. Vielmehr sehen diese in der angestrebten Wirtschafts- und Währungsunion den Verantwortlichen für die Instabilität der portugiesischen Währung. Die Regierung hingegen sieht darin die einzige Möglichkeit, zukünftigen Währungsturbulenzen entgegenzutreten. Auch nach Ansicht des Staatssekretärs für europäische Angelegenheiten, Victor Martins, kann die geplante Wirtschafts- und Währungsunion nur im Interesse Portugals liegen: "Konvergenz im eigentlichen Sinne, wie sie im Delors-II-Paket angestrebt wird, um die schwächeren Marktwirtschaften zu stützen — und folgerichtig eine größere Währungsstabilität — wäre ohne Wirtschafts- und Währungsunion unmöglich zu erreichen".

Allerdings blieb die derzeitige Rezession nicht ohne Auswirkungen auf die portugiesische Wirtschaft. Das wirtschaftliche Wachstum kam nahezu zum Stillstand. Neueste Vorhersagen prognostizieren sogar ein Negativwachstum von -1%. Die Arbeitslosigkeit stieg in der gleichen Zeit um 1,5 Prozentpunkte auf 5,7% zum Jahresende 1993. Gerade zu Beginn des Jahres 1994 wurden die Auswirkungen der europäischen Wirtschaftskrise in vollem Maße spürbar. Das spiegelte sich wider in einer europapolitischen Neuorientierung der größeren Parteien. Ein nationalistischer oder wenigstens patriotischer Unterton war im Europawahlkampf an der Tagesordnung.

### *Wirtschafts- und Währungsunion*

Sowohl die Rezession in Europa als auch ihre unvermeidlichen Auswirkungen auf die portugiesische Wirtschaft konnten die portugiesische Regierung nicht zu

einer "rette-sich-wer-kann"-Aktion veranlassen. Sie vertraute weiterhin auf die Möglichkeit, die Probleme — einschließlich der Arbeitslosigkeit — innerhalb der Strukturen der Union bewältigen zu können. In einem im April veröffentlichten langen Artikel, der die Beschlüsse des Europäischen Rates von Edinburgh unterstützte, vertrat der Premierminister den Standpunkt, daß nur auf Gemeinschaftsebene koordinierte Maßnahmen einen Weg aus der gegenwärtigen Krise zeigen können: "Ohne Koordination auf europäischer Ebene können nationale Maßnahmen nur schädliche Auswirkungen zeigen. Die Haushaltsbelastung würde untragbar"<sup>1</sup>.

Das Ziel, die Konvergenzkriterien zu erfüllen, um in den sogenannten "harten Kern" der Wirtschafts- und Währungsunion aufgenommen zu werden, prägte die Politik der portugiesischen Regierung nahezu bis zum Ende des Jahres 1993. Eine Kabinettsumbildung im Oktober, bei der auch der Finanzminister wechselte, indizierte zwar eine größere politische Flexibilität. Die Zielvorstellung im ganzen dürfte sich jedoch kaum geändert haben.

Die Regierung widerstand der Versuchung, den Forderungen der Wirtschaft und der Sozialistischen Partei nach einer Abwertung des Escudo zwecks Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der portugiesischen Exporte — speziell im Textilbereich — nachzugeben. Trotzdem wurde der Escudo im Mai 1993 um 6,5 Prozentpunkte im Verhältnis zur ECU abgewertet. Diese Entscheidung wurde von den Finanzministern der am Europäischen Währungssystem beteiligten Staaten getroffen, die auch Spaniens Antrag auf eine achtprozentige Abwertung der Peseta akzeptierten. Das Finanzministerium argumentierte, die Abwertung sei notwendig, um die negativen Auswirkungen des Wertverlustes der Peseta auf den Wettbewerb auszugleichen.

Aufgrund der engen Verflechtung beider Wirtschaftssysteme — vor allem in den Bereichen Handel und Finanzen — standen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Portugal und Spanien das ganze Jahr über im Zentrum der portugiesischen Aktivitäten. Für Unruhe sorgte in zunehmendem Maße Spaniens wachsende Kontrolle über die portugiesische Wirtschaft. Der Führer der Sozialisten, António Guterres, beschuldigte wiederholt die Regierung, die nationalen Interessen im europäischen Kontext gegenüber Spanien nicht eisern genug zu vertreten. In seiner Rede vor der Versammlung der Sozialistischen Partei am 21. März in Porto war ein anti-spanischer Tonfall unüberhörbar.

Eine der wesentlichen Komponenten des Vertrages über die Europäische Union ist in den Augen der portugiesischen Regierung das Prinzip der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion. Dieses Prinzip ist essentiell für Portugal, damit es mit den Härten der Konvergenzkriterien — insbesondere ihren Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit — zurechtzukommen kann. Portugals Ansprüche wurden erfüllt. Der Zugang zum Strukturfonds einschließlich des Kohäsionsfonds ist mit dem Beschluß des Delors-II-Pakets gesichert. 17,3 Mio. ECU stehen von 1994 bis 1999 zur Verfügung, das ist beinahe zweimal so viel wie die EG-Fonds zwischen 1989 und 1993 von Portugal insgesamt erhielten. Zweifellos wird die

Verwendung der Fonds-Gelder im Mittelpunkt der Diskussionen um die Europawahl im Juni 1994 stehen.

### *Institutionelle Reform, Erweiterung und Föderalismusdebatte*

Betreffend den Beitritt der vier EFTA-Staaten Finnland, Norwegen, Österreich und Schweden zur Europäischen Union bekundete Portugal immer seine klare Zustimmung. Nach wie vor sieht Portugal — als früheres EFTA-Mitglied — die Aufnahme seiner einstigen EFTA-Partner in die Europäische Union als eine ausgezeichnete Entwicklung. Allerdings knüpfte Portugal seine formelle Unterstützung an die Zustimmung zum Delors-II-Paket und das Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages in seiner jetzigen Form. Vor 1996 seien eingreifende Reformen im institutionellen Bereich, beispielsweise betreffend das Abstimmungsverfahren, indiskutabel. Vorschläge zur Reform der institutionellen Mechanismen, wie sie von einigen der vier großen Staaten vorgetragen wurden, lehnte Lissabon ab. Vielmehr vertritt die Regierung den Standpunkt, daß die gegenwärtige Struktur keine Probleme in einer 16 Mitgliedstaaten starken Europäischen Union verursachen wird.

Auch Vorschläge, die Anzahl der Kommissare oder der Amtssprachen zu reduzieren, die Stimmgewichtung zu verändern oder die Einführung einer unregelmäßigen Rotation der Präsidentschaft zum Nachteil der kleineren Mitgliedstaaten einzuführen, stoßen auf der iberischen Halbinsel auf Ablehnung. Portugal hat bis zum Treffen des Europäischen Rates in Brüssel im Dezember 1993 nicht einmal eine Reihenfolge des Vorsitzes im Rat akzeptiert, bei der zwar jedes Land nacheinander die Präsidentschaft übernimmt, aber immer einer der vier "Großen" zur Troika gehört. Die portugiesische Regierung bevorzugt ein allmähliches Vorgehen. Sie will das Inkrafttreten des Vertrages über die Europäische Union und eine gewisse "Einwirkungszeit" desselben abwarten, bevor weitere Schritte folgen sollen. Außenminister Durão Barroso sieht dies "als den einzigen Weg der uneingeschränkten Teilnahme europäischer Bürger im Prozeß der europäischen Integration. Das Stellen der Bürger vor vollendete Tatsachen würde dagegen unweigerlich zu einer Abwehrhaltung gegen den Aufbau Europas führen"<sup>2</sup>.

Auch das Thema Föderalismus bestimmte 1993/94 immer wieder die europäischen Auseinandersetzungen in Portugal. Auslöser war eine mit äußerster Härte geführte anti-föderalistische Kampagne von seiten der CDS-PP (Christdemokraten-Volkspartei). Diese war 1992 gerade aufgrund ihrer dubiosen Haltung in europäischen Fragen zum Austritt aus der Europäischen Volkspartei (EVP) aufgefordert worden. Inzwischen haben die drei der CDS-PP angehörenden Abgeordneten des Europäischen Parlaments die Partei verlassen und blieben stattdessen Mitglieder der Europäischen Volkspartei. Die CDS-PP steht der Europäischen Erneuerung und Demokratischen Allianz nahe, und die Regierungspartei wird vielleicht das liberale Parteienbündnis verlassen, um der Europäischen

Volkspartei beizutreten. Die Anwesenheit der portugiesischen Christdemokraten hatte dies bislang verhindert.

Die politischen Kreise sind in der Föderalismusdebatte weitgehend unentschieden. Ausnahme ist eine kleine Anzahl von Föderalismusgegnern, deren Einfluß auf die Medien in keinem Verhältnis zu ihrer kleinen Anhängerschaft steht. Daneben gibt es eine kleine Anzahl von Föderalisten, zu denen einige Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie der portugiesische Präsident zählen. Angesichts der Anti-Föderalismus-Hysterie und der Furcht, daß zu offenes eintreten für ein föderales Europa ihre Parteien in der nächsten Europawahl Stimmen kosten wird, weichen Europapolitiker diesem Thema aus und wägen ihre öffentlichen Äußerungen sorgfältig ab. Der Präsident der portugiesischen Republik, Mário Soares, ist einer der wenigen, die sich nicht scheuen, sich offen für den Föderalismus auszusprechen: "Zweifelloos beinhaltet meine Vision von Europa eine föderale "Finalität" (es gibt keinen Grund, das Wort "Föderalismus" zu vermeiden oder zu fürchten). Das beinhaltet ein Europa mit europäischen Institutionen, ein politisches Europa mit aktiven Partizipationsmöglichkeiten der Bürger mittels geeigneter und effektiver Institutionen"<sup>3</sup>. Jedoch brachte der Präsident auch seine Skepsis in Hinblick auf die Gegenwart und Zukunft Europas zum Ausdruck. Er versteckte seine Enttäuschung über den Vertrag über die Europäische Union und dessen Umsetzung nicht. Seinem Gefühl nach ging diese nicht weit genug.

Zwischen diesen beiden Extremen stehend, sind die beiden großen Parteien PSD (Sozialdemokratische Partei) und PS (Sozialistische Partei) sich über ihre politische Richtung unsicher. Die Mehrheit ihrer Spitzenpolitiker gesteht inoffiziell, daß sie sich zwar nicht als Föderalisten bezeichnen würden. Allerdings erkennen sie einige föderale Bestandteile im Vertrag über die Europäische Union an, wie beispielsweise die Wirtschafts- und Währungsunion, die sie unterstützen. In der Öffentlichkeit äußerten sie jedoch eher, daß der Begriff "Föderalismus" genauerer Definition bedürfe. Einen Versuch, den Begriff zu klären, unternahm Kommissar João de Deus Pinheiro, ein Mitglied der PSD. Er argumentierte, "wenn Föderalismus im Sinne einer strikten Beachtung der Autonomie des Staates, seiner Traditionen, seiner Kultur und auch seiner gleichberechtigten Teilnahme in den politischen Entscheidungsgremien verstanden wird, dann gebe ich zu, daß dieses Konzept in Erwägung gezogen werden sollte. Wenn Föderalismus auch nur ein Quentchen an Erosion für unseren Staatsaufbau bedeutet, dessen Konsolidierung im Falle Portugals 800 Jahre dauerte und viel Blutvergießen forderte, dann würde ich mich sicherlich als Anti-Föderalist bezeichnen..."<sup>4</sup>.

Offensichtlich verursacht die Auseinandersetzung mit dieser Fragestellung den portugiesischen Politikern Schwierigkeiten. Dies offenbart nicht nur, daß Portugal bis zu einem gewissen Ausmaß geneigt scheint, zu einem traditionell nationalistischen Kurs mit Isolierungstendenzen zurückzukehren, der lange Zeit die Politik bestimmte. Auch — und das ist noch viel wichtiger — sind die Politiker der großen Parteien davon überzeugt, daß der Einsatz nationalistischer Rhetorik

ihnen einen Stimmenzuwachs beschern kann, oder zumindest pro-föderale Stellungnahmen sie gewiß Wählerstimmen kosten würde. Diese Einstellung hat sich insbesondere seit der auf anti-föderalistischen "Wahnvorstellungen" beruhenden Kampagne der CDS gefestigt. Sie stiftete bewußt Verwirrung, indem sie alles, was ihr an Europa nicht gefiel, als heimlichen Versuch, die "Vereinigten Staaten von Europa" aufzubauen, etikettierte. Doch nichts könnte — wie wir leider alle wissen — weiter von den Gedanken der gegenwärtigen führenden Europapolitiker entfernt sein.

### *Bremung in der GASP*

Die Hoffnungen, die in die Entwicklung der Europäischen Union hinsichtlich der ernsthaften Gestaltung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik gesetzt wurden, welkten 1993 weitgehend dahin. Statt dessen gewannen nationale Tagesordnungspunkte neue Bedeutung. Dies galt auch für Portugal, das im Rahmen der UN in Afrika, insbesondere in Angola und Mosambik, seine Aktivitäten verstärkte. Außerdem nahm Portugal an der gemeinsamen Aktion zur Überwachung der Wahlen in Südafrika im April 1994 teil.

Hinsichtlich der vier weiteren gemeinsamen Aktionen, über die in Brüssel beschlossen wurde, hat Portugal die Teilnahme am Friedensprozeß des Nahen Ostens sowie den von Edouard Balladur<sup>5</sup> initiierten Stabilitätspakt unterstützt. Auch wurden portugiesische Beobachter nach Rußland gesandt, um die Wahlen zu überwachen. In bezug auf Bosnien hat Lissabon jedoch nichts von seiner Skepsis gegenüber der Wirksamkeit jeglicher militärischer Intervention — sei es innerhalb der NATO oder der Westeuropäischen Union (WEU) — verloren. Lissabon sieht immer noch die Bewältigung von hier herrschenden Differenzen zwischen den Zwölf als wichtiger an, als irgendeine Intervention oder Demonstration von Stärke. Es sollte nicht übersehen werden, daß sich Portugal der griechischen Position in der Mazedonien-Frage nicht abgeneigt zeigte. Tatsächlich erkannte Portugal die Unabhängigkeit Mazedoniens nicht vor November 1993 an. Allerdings sollte die portugiesische Einstellung nicht als Unterstützung der griechischen Politik gewertet werden. Sie muß vielmehr im Licht des Rechtes eines jeden Staates gesehen werden, seine ureigensten "lebenswichtigen Interessen" zu verfolgen.

Die Annäherung zwischen Frankreich und der NATO sowie — vielleicht noch wichtiger — die unterstützende Haltung der Clinton-Administration für den Aufbau einer Europäischen Verteidigungsidentität haben nach Ansicht der portugiesischen Regierung verdeutlicht, daß sich der Aufbau einer europäischen Verteidigung und der gleichzeitige Verbleib in der NATO nicht ausschließen. Vielmehr stelle diese das "Herzstück unserer Sicherheit" dar<sup>6</sup>.

## Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Annette Heuser, Forschungsgruppe Europa, Universität Mainz.

- 1 Premierminister Aníbal Cavaco Silva: "A Recuperação da Europa", in: *Expresso* v. 24. 4. 1994.
- 2 Außenminister José Manuel Durão Barroso: "Uma certa Ideia de Europa", in: *Público* v. 25. 10. 1993.

3 Interview mit President Mário Soares, in: *Público* v. 28. 3. 1993.

4 Interview mit EU-Kommissar João de Deus Pinheiro, in: *Diário de Notícias* v. 1. 9. 1993.

5 Vgl. Schneider, Heinrich: Der KSZE-Prozeß und die gesamteuropäische Kooperation, in diesem Band.

6 Interview mit Aníbal Cavaco Silva, in: *Público* v. 1. 4. 1993.

## Weiterführende Literatur

Portugal: Europa brachte den Fortschritt, in: *Europa* 5/6 (1993), S. 34–35.  
Sänger, Ralf: Die Auswirkungen der Europäi-

schen Strukturfonds auf die regionale Politik in Portugal, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 20/21 (1993), S. 20–36.